

Belastung der Rentner: „Es gibt da kein Basta“



„Guten Abend, wir kennen uns ja schon!“

Landesminister Karl-Josef Laumann lächelte zunächst etwas gequält über das Spalier, das der Verein der

Minister Karl-Josef Laumann schritt am Donnerstag am Basilikaforum durch das Spalier der Direktversicherungsgeschädigten. Die Frauen und Männer in den pinken Westen sind seit geraumer Zeit ständige und unbequeme Begleiter bei vielen Veranstaltungen von Bundespolitikern.

Direktversicherungsgeschädigten (DVG) am Donnerstagabend am Eingang des Basilikaforums bildete. Dann aber plauderte er mit den sechs Frauen und Männern in pinken Westen, bevor er den eigentlichen Gastgeber, den Vorstand der Kolpingsfamilie Rheine-Emstor, begrüßte.

Altersvorsorge als roter Faden

Das Thema der protestierenden Rentner, die sich in der Altersvorsorge von nachträglichen Eingriffen der Politik enteignet fühlen, zog sich dann aber auch wie ein roter Faden durch die Veranstaltung. Kolping-Vorsitzender Heribert Knollmann dankte dem CDU-Politiker, dass er sich als Redner anlässlich des Kolping-Josefsschutzfestes zur Verfügung gestellt hatte. Und Laumann nutzte dann auch die Gelegenheit, sich zum Thema „Doppelverbeitragung von Betriebsrenten und Direktversicherungen“ zu positionieren.

Auslöser des sich bundesweit immer mehr manifestierenden Ärgers sei im Jahr 2004 die „Nacht der Nächte“ gewesen, in der die damalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) eine Einigung mit Horst Seehofer erzielt habe, dass alle Vorsorgeleistungen der Krankenversicherungspflicht unterworfen werden, und zwar mit dem Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag. „Damit hat man im Nachhinein in die Verträge von Menschen, die für das Alter vorgesorgt hatten, schwer eingegriffen“, gestand der CDU-Politiker ein. Die Belastung, die die Politik damals beschlossen habe, werde von den Menschen nicht akzeptiert. „Und das kann ich verstehen“, sagte Karl-Josef Laumann. Und weiter: „Es ist für mich sehr klar, dass diese Frage ein Stimmungskiller für die private Altersvorsorge ist. Die Leute fragen sich doch: ‚Wem können wir überhaupt noch trauen‘“, stellte Laumann fest.

Seine Forderung: „Wir müssen uns kümmern, dass das Vertrauen wiederhergestellt wird!“ Die Diskussion werde gerade auch in der CDU geführt. Und Laumann bestritt, dass mit der Aussage der Bundeskanzlerin aus dem Februar („Dafür haben wir doch gar kein Geld und das steht nicht im Koalitionsvertrag“) das Thema beendet sei: „Da gibt es auch kein Basta“, stellte der NRW-

Sozialminister klar, und bezog damit Position gegen die CDU-Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin.

Laumann für Freibetragsregelung

Wenn man die Altersvorsorge komplett freistelle, dann werde es eine Verschiebung der Belastung von den Älteren auf die Jüngeren geben. „Ich favorisiere ein Modell mit einer Freibetragsregelung. Wobei man genau überlegen muss, wie hoch dieser Freibetrag angesetzt werden sollte“, sagte Laumann weiter. Diese Debatte will er jetzt in der Politik führen. Er verwies ferner darauf, dass die CDU auf ihrem Bundesparteitag im Dezember beschlossen habe, diese Doppelverbeitragung abzuschaffen. „Aber wir haben auch eine Bundesregierung, die fragt, wie man diese vier Milliarden Euro Einnahmeausfälle jährlich für die Krankenversicherung finanzieren kann. Zwar hätten die Krankenkassen derzeit Überschüsse von über 20 Milliarden Euro. Aber die seien bei einer Abschaffung auch schnell aufgezehrt.“

„Wenn es nach mir ginge, dann gäbe es eine Freibetragslösung, aber keine generelle Freistellung“, sagte Laumann, und äußerte sich dabei ausdrücklich auch als Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse. Das Thema werde auch bei der nächsten CDA-Bundestagung am kommenden Wochenende auf der Tagesordnung stehen.

„Wie kann es sein, dass alle Fraktionen im Bundestag dafür sind, diese Doppelverbeitragung abzuschaffen, dass es einen Beschluss des CDU-Bundesparteitags gibt – und trotzdem plätschert das nur so dahin. Das versteht doch kein Mensch mehr“, wollte einer der Diskussionsteilnehmer von Laumann wissen. „Man muss auch sagen, wo das Geld herkommen soll. Das Land NRW hat im Bundesrat eine Initiative des Landes Bayern unterstützt, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, diese Sache abzuschaffen“, sagte Laumann.
